

25. Juli 2007

Huber: Siemens und Continental entziehen sich der Verantwortung für Beschäftigte

München - Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, hat den Unternehmen Siemens und Continental vorgeworfen, die Belange der Beschäftigten beim Verkauf der Autozulieferersparte nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. „Weder Siemens noch Continental waren bereit, den Beschäftigten die geforderten, verbindlichen Zusagen in Bezug auf Arbeitsplätze und Standorte für den Zeitraum von fünf Jahren zu geben“, kritisierte Huber am Mittwoch in München. Im Vordergrund stünde der uneingeschränkte Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bei Siemens-VDO. Auch das von den Unternehmen vorgelegte so genannte Eckpunktepapier erfüllte nicht die Anforderungen der Arbeitnehmerseite und sei auch keineswegs mit dieser vereinbart. Die Kapitalvertreter lehnten die Vorschläge der Arbeitnehmerseite jedoch ab. Deshalb hätten sich die Arbeitnehmervertreter der IG Metall in den Aufsichtsräten von Siemens und Continental gegen den Verkauf der Automobilzulieferersparte von Siemens ausgesprochen.

„Ich habe erwartet, dass der Fall BenQ zu einer höheren sozialen Kompetenz und Sensibilität im Siemens-Management geführt hätte“ beklagte Huber, der Aufsichtsratsmitglied der Siemens AG ist. „Aber da habe ich mich wohl geirrt“. Der IG Metall-Vize kündigte an, dass sich die Arbeitnehmervertreter „auf anderen Wegen“ für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten stark machen würden.

„Ich bin enttäuscht darüber, dass die Beschäftigten den Unternehmen Siemens und Continental so wenig wert sind,“ sagte Hans Fischl, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates von Siemens-VDO.